

Hintergrundinformationen zum aktuellen Fall in Ägypten

Verfolgung von Menschen mit HIV/Aids in Ägypten

Seit Oktober 2007 beobachtet amnesty international eine Verhaftungswelle in Ägypten durch die ägyptische Polizei. Die Verhaftungen betreffen Menschen, die verdächtigt werden, mit HIV infiziert zu sein. 12 Männer wurden inzwischen auch vor Gericht gestellt. In zwei separaten Verfahren wurden im Januar bzw. April 2008 neun dieser Männer zu ein bis drei Jahren Haft wegen „gewöhnheitsmäßiger Unzucht“ verurteilt. Diese neun befinden sich weiterhin in Haft, die drei anderen wurden freigesprochen und aus der Haft entlassen. Die Gerichte schlossen vom HIV-Status der Angeklagten auf deren sexuelle Orientierung (d.h. wer HIV-infiziert ist müsse auch schwul sein). Die Verurteilungen wurden in der zweiten Instanz bestätigt. Alle Betroffenen haben die Beschuldigungen als falsch zurückgewiesen. Fünf von ihnen sind HIV-infiziert und wurden wochenlang, einige monatelang, gegen ihren Willen in Krankenhäusern festgehalten und an die Krankenbetten angekettet. Den Vorwürfen gegen die Polizei und das Krankenhauspersonal, sie hätten die 12 Männer während der Untersuchungshaft misshandelt oder gefoltert, gingen die Behörden bislang nicht nach. An den meisten dieser Männer wurde eine Zwangsuntersuchung des Anus sowie HIV-Tests ohne ihre Zustimmung vorgenommen.

Amnesty international stuft diese o.g. Männer als gewaltlose politische Gefangene ein und fordert ihre sofortige und bedingungslose Freilassung. Amnesty international ruft die ägyptischen Behörden auf, die von den 12 Männern erhobenen Misshandlungs- und Foltervorwürfe vollständig, zügig und unparteiisch zu untersuchen.

Wie kam es zu den Verhaftungen?

Die Welle der Verhaftungen von HIV/Aids-Infizierten begann mit einem privaten Streit zwischen zwei Männern auf einer Straße im Stadtzentrum von Kairo im Oktober 2007, in den die Polizei eingriff. Einer der beiden Männer teilte den Polizisten mit, dass er HIV-positiv sei. Die Beamten übergaben die beiden daraufhin unverzüglich der Sittenpolizei. Diese eröffnete ein Verfahren wegen Verdachts auf homosexuelle Handlungen und verlangte während der Verhöre von beiden Männern, die Namen ihrer Freunde und Sexualpartner mitzuteilen. Die beiden Männer berichteten ihren Anwälten später, die Polizisten hätten sie geschlagen. Der Grund: Die Festgenommenen weigerten sich, die von der Polizei verfassten Protokolle zu unterschreiben. Die beiden Männer gaben an, mit Handschellen an einen Schreibtisch in der Wache der Sittenpolizei gekettet worden zu sein. Vier Tage hätten sie so auf dem Boden schlafen müssen. Die Polizei zwang die beiden anschließend zu einer gerichtsmedizinischen Untersuchung des Anus, um zu „beweisen“, dass die beiden homosexuell seien. Solche Zwangsuntersuchungen liefern aus medizinischer Sicht nicht nur sehr zweifelhafte Ergebnisse, sondern können auch eine Form von Folter darstellen. Die beiden Männer wurden in einem Krankenhaus festgehalten und mit Handschellen an ihre Betten gekettet.



Die Polizei nahm vier weitere Männer anhand von Fotos und Telefonnummern fest, die sie bei den ersten beiden sicherstellen konnte. Auch diese vier Männer wurden zu einem HIV-Test gezwungen, zwei von ihnen mit positivem Ergebnis. Diese wurden anschließend in Krankenhäusern in Kairo festgehalten und an die Betten gekettet. „Willkürliche Verhaftungen, HIV-Zwangstests und körperliche Misshandlungen reihen sich in das ohnehin schändliche Bild der Menschenrechtssituation in Ägypten ein, wo Beamte, die misshandeln und foltern, nicht damit rechnen müssen, dafür vor Gericht gestellt zu werden“, erklärt Hassiba Hadj-Sahraoui, stellvertretende Leiterin der Nordafrika/Nahost-Abteilung von amnesty international.

Im November 2007 führte die Polizei eine Razzia in einer Wohnung durch, in der einer der verhafteten Männer gewohnt hatte. Dort nahm die Polizei vier weitere Männer fest, beschuldigte sie der Homosexualität und ordnete HIV-Zwangstests an. Auch diese Männer berichteten von Misshandlungen. Sie seien von der Polizei auf den Kopf geschlagen worden und hätten stundenlang in einer schmerzhaften Haltung mit erhobenen Händen stehen müssen.

Die Einstellung der ägyptischen Behörden gegenüber diesen Männern ist in eklatanter Weise durch Diskriminierung geprägt. Einer der Männer zitiert die Reaktion des Staatsanwalts auf die Mitteilung des Mannes, dass er HIV-infiziert sei: „Solche wie Euch sollte man bei lebendigem Leib verbrennen! Ihr verdient nicht zu leben!“ Vor Verlesung der Anklageschrift sagte der leitende Staatsanwalt einem der Anwälte der Angeklagten: „Diese Leute darf man nicht frei herumlaufen lassen. Für die Regierung sind die eine Bedrohung der Volksgesundheit!“

Die Kriminalisierung einvernehmlicher homosexueller Handlungen unter Erwachsenen stellt eine Verletzung der Verpflichtungen Ägyptens auf internationale Menschenrechtsgesetze dar. Diese garantieren das Recht auf Privatleben und die Willensfreiheit des Individuums. Die Anwendung des Artikels 9c („gewöhnheitsmäßige Unzucht“) mit dem Zweck, Menschen auf Grund ihres HIV-Status zu inhaftieren, sowie HIV-Tests ohne die Einwilligung der Betroffenen und willkürliche Haft verstoßen ebenfalls gegen die Menschenrechte.



Verstöße gegen die Berufsethik durch Ärzte

Menschenrechtsverletzungen an Personen in Ägypten, die verdächtigt werden, HIV-infiziert zu sein

Manche Ärzte beteiligen sich an der Repression gegen Menschen mit HIV durch die ägyptische Polizei und verstoßen damit gegen den hippokratischen Eid.

Ärzte, die sich an den Verhören der o.g. 12 Männer beteiligt haben, haben den Eid gebrochen, sie würden das Privatleben, ihre Entscheidungsfreiheit respektieren und nur mit ihrem Einverständnis handeln. Dieser Eid ist nicht nur eine der ältesten Traditionen der Ärzteschaft, er ist auch eine Pflicht, die sich aus den Menschenrechten ableitet.

Die Organisation „Egyptian Initiative for Personal Rights“ in Kairo hat ein Dokument des ägyptischen Gesundheits- und Bevölkerungsministeriums mit der Bezeichnung „Fragebogen für Patienten mit HIV/AIDS“ entdeckt. Es enthält eine Reihe von ja/nein-Fragen, die die Ärzte ihre Patienten stellen sollen, u.a. ob der Patient Sex mit Personen des anderen Geschlechts, des eigenen Geschlechts oder mit mehreren Personen gehabt hätte. In einigen Fällen benutzten später Staatsanwälte bei Gericht diese Fragebögen als Beweis für die „Schuld“.

Ärzte des Gesundheitsministeriums haben HIV-Tests an Häftlingen ohne deren Einverständnis vorgenommen. Ärzte der ägyptischen Gerichtsmedizinbehörde haben Männer zwangsweise einer Untersuchung des Anus unterzogen, um zu „beweisen“, dass sie Sex mit anderen Männern gehabt hätten. Nach Ansicht von amnesty international stellen diese Untersuchungen einen Verstoß gegen das Verbot von Folter und unmenschlicher und erniedrigender Behandlung dar. Ferner kann eine solche Untersuchung niemals die Anschuldigung „beweisen“, abgesehen davon, dass einvernehmlicher Sex unter erwachsenen Männern nicht unter Strafe gestellt sein sollte.

Am 7. April 2008 haben weltweit 117 Organisationen aus dem Bereich der Menschenrechte und dem Gesundheitswesen gegen die Repressionen an Menschen mit HIV und gegen die Beteiligung von Ärzten daran protestiert. Unter Führung von amnesty international und Human Rights Watch haben diese Organisationen in einem gemeinschaftlich verfassten Brief an den ägyptischen Gesundheitsminister sowie an den ägyptischen Ärzteverband erklärt, dass Ärzte, die sich an Verhören von Menschen beteiligten, die wegen des Verdachts auf eine HIV-Infektion inhaftiert sind, gegen ihre Berufsethik verstoßen.

